

Vorlage für die Sitzung des Senats am 22. September 2015

„Landesberatungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts““
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

Der Abgeordnete Jan Timke (BÜRGER IN WUT) hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

Ich frage den Senat:

1. In welcher Weise wird das Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“ vom Land Bremen bzw. seinen Kommunen unterstützt und wie hoch sind die Mittel, die für diesen Zweck in den Jahren 2012-2014 von der öffentlichen Hand im Bundesland Bremen aufgewendet worden sind?
2. Gibt es neben dem Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“, das sich ausschließlich den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit widmet, im Land Bremen weitere staatlich geförderte Initiativen, die über den militanten Linksextremismus bzw. den gewaltbreiten Islamismus aufklären und wenn ja, welche Initiativen sind das und wie hoch sind die Mittel gewesen, die diese Organisationen in den Jahren 2012-2014 vom Land Bremen bzw. seinen Kommunen erhalten haben?
3. Legt das Beratungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“ Rechenschaft über seine Tätigkeit ab und wenn ja, sind diese Rechenschaftsberichte öffentlich einsehbar?

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Das Landesberatungsnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“ wurde im Zeitraum 2011 bis 2014 im Rahmen des Bundesprogramms TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* gefördert und vom Land Bremen mit einer Kofinanzierung von jährlich 45.000 € unterstützt. Das Landesberatungsnetzwerk wurde durch eine Stelle des Landes Bremen koordiniert. Das Netzwerk setzte sich aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zusammen. Es stützte sich auf ein gemeinsam entwickeltes Leitbild, das die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft zum Ziel hat.

Zu Frage 2:

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport hat im Zeitraum 2011 - 2014 keine eigenen Maßnahmen im Bereich der Prävention von gewaltbereitem Islamismus und militantem Linksextremismus umgesetzt, war aber seit 2012 eingebunden in das bundesweite Beratungsnetzwerk Kitab. Dessen Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die sich extremistischen islamistischen Organisationen zuwenden, an deren Eltern, Angehörige, Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Kitab wird aus Bundesmitteln finanziert.

Zu Frage 3:

Das Land Bremen legt dem Bund jedes Jahr einen Verwendungsnachweis über die Tätigkeiten des Landesberatungsnetzwerkes vor. Darüber hinaus wurde das Netzwerk über die gesamte Laufzeit von einem Beirat begleitet, der sich aus zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren des Landes Bremen zusammensetzt. Des Weiteren gehen inhaltliche Berichte an den Bund.